

Voerde

SPD-Debatte um die Bäder



Vergößern >

Die SPD spricht sich für das Freibadgelände als künftigen Bäderstandort aus.

FOTO: Hans Blossey

Voerde. Weder Sauna noch Wellness, aber: In Voerde sollen die Parteimitglieder und die Betroffenen Ende März oder Anfang April darüber sprechen, wo die Bäder künftig sind und was sie bieten sollen.

Die SPD möchte die Frage der künftigen Gestaltung der Voerder Bäderlandschaft auch im Rahmen einer öffentlichen Mitgliederversammlung behandeln und dazu die Akteure - den Förderverein Voerder Bäder, die Frühschwimmer, die DLRG und die Schulen - mit an den Tisch holen.

Das ist ein Ergebnis der zweitägigen Haushaltsklausurtagung, zu der sich die Fraktion samt ihren sachkundigen Bürgern sowie Bürgermeister Dirk Haarmann, dem ersten und technischen Beigeordneten Wilfried Limke und dem Fachbereichsleiter Bildung, Soziales, Jugend, Sport und Kultur, Lothar Mertens, am Freitag und Samstag in Goch getroffen hat. Zu der Mitgliederversammlung, die Ende März/Anfang April stattfinden soll, sind auch interessierte Bürger eingeladen.

Auf lange Sicht soll es bekanntlich so sein, dass die beiden bisherigen Bäderstandorte auf einen konzentriert werden. Die SPD plädiert für das Freibadgelände an der Allee und dafür, in einem neuen Bad auch die Möglichkeit anzubieten, draußen schwimmen gehen zu können. Die Sozialdemokraten möchten die Bedarfe abfragen, sie wollen wissen, was "tatsächlich" für ein Kombibad gebraucht wird.

Die Frage müsse aber bitte auch sein, "was realistisch ist", stellt der Fraktionsvorsitzende Uwe Goemann mit Blick auf die erforderliche Finanzierbarkeit klar. Aus Sicht der SPD gehört eine Saunalandschaft nicht zu der erforderlichen Ausstattung. Ein "Wellnesspark" soll das neue Angebot nicht werden, wie Goemann erklärt.

Auch schwebt den Sozialdemokraten ein Mobilitätskonzept für ihre Stadt vor: Dabei soll es um Themen wie "fahrradfreundliches Voerde", den Ausbau von E-Bike-Ladestationen - und nicht zuletzt um "eine kritische Betrachtung" des ÖPNV-Angebotes der Niag in der Kommune gehen. "Wo sind tatsächlich die Bedarfe?", ist eine Frage, die sich Goemann zufolge stellt, und, ob das Angebot, so wie es ist, wirklich ausreicht.

Außerdem schwebt der SPD vor, dass von der Verwaltung ein Sanierungsbedarfsplan für die Schulen erstellt wird und dafür Fördermittel beantragt werden. Es geht dabei um notwendige Arbeiten am Bestand (Stichworte sind da etwa Toiletten, Außenanlagen). Fragen dabei: "Wo besteht Druck, wo müssen wir in welchem Zeitablauf tätig werden?", führt Goemann weiter aus. Zu diesem Thema und zu weiteren will die SPD zeitnah entsprechende Anträge stellen.

Auch ging es bei der Haushaltsklausurtagung um die Forderung nach einer auskömmlichen Finanzierung der Hilfen zur Erziehung (HZE) und der Flüchtlingsunterbringung. Während der Klausurtagung seien zu den verschiedenen Themenbereichen Arbeitsgruppen gebildet worden, die sich in kleinerer Form wieder treffen und Zeitpläne erarbeiten werden.

(P.K.)